



Niedersächsisches Ministerium für
Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
- Oberste Bauaufsichtsbehörde -

Allgemeines Merkblatt

(Stand: Januar 2019)

- zur Beantragung einer **Zustimmung im Einzelfall** nach § 20 NBauO als Nachweis der Verwendbarkeit von Bauprodukten
und / oder
- zur Beantragung einer **vorhabenbezogenen Bauartgenehmigung** nach § 16 a NBauO als Nachweis der Anwendbarkeit von Bauarten

1. Wann ist eine Zustimmung oder eine Bauartgenehmigung erforderlich?

Das Bauordnungsrecht unterscheidet zwischen der Verwendung von Bauprodukten nach § 16 b und c und der Anwendung von Bauarten nach § 16 a der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO). Die dauerhafte Eignung der Bauprodukte und Bauarten für den Einsatz in der baulichen Anlage muss gegeben sein. Hiervon ist auszugehen, wenn sie die als Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmung (VV TB) nach § 83 Abs. 5 bekannt gemachten technischen Regeln einhalten. Wenn es dagegen für sie keine technischen Baubestimmungen oder allgemein anerkannte Regeln der Technik gibt oder wenn sie von den technischen Baubestimmungen wesentlich abweichen, kann die Eignung auch durch Vorlage einer allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung (abZ) oder einer allgemeinen Bauartgenehmigung (aBg) nachgewiesen werden.

Gibt es anerkannte Prüfverfahren zum Nachweis der Eignung, ist ggf. statt einer abZ oder einer aBg auch ein allgemeines bauaufsichtliches Prüfzeugnis (abP) ausreichend. Die Bauprodukte bzw. Bauarten, für die dies in Frage kommt, sind in der VV TB Teil C3 und C4 gelistet.

Falls die genannten Voraussetzungen für die Verwendung von Bauprodukten oder die Anwendung von Bauarten nicht gegeben sind, kann ein Antrag auf eine Zustimmung im Einzelfall (ZiE) nach § 20 oder auf vorhabenbezogene Bauartgenehmigung (vBg) nach § 16 a gestellt werden. Auch kombinierte Verfahren nach § 16a und § 20 sind möglich.

Bei verfahrens- oder genehmigungsfreien Baumaßnahmen nach §§ 60 bis 62 NBauO wird in den oben beschriebenen Fällen ebenfalls ein Antrag nach § 16 a oder § 20 erforderlich.

Ein Antrag auf Zustimmung im Einzelfall für CE-gekennzeichnete Bauprodukte nach Bauproduktenverordnung (EU-Verordnung Nr. 305/11) ist nach § 16 c nicht möglich. Sie käme nur in Betracht, wenn der Anwendungsbereich der entsprechenden harmonisierten Norm verlassen wird.

2. Was muss der Antrag enthalten?

Ein Antrag auf ZiE oder vBg ist formlos zu stellen. Es muss im Antrag deutlich ausgeführt werden, worin das Erfordernis der Zustimmung bzw. der Bauartgenehmigung besteht (z.B. fehlende technische Regel oder wesentliche Abweichung von einer eingeführten technischen Baubestimmung, abZ oder aBg).

Dem Antrag sind in zweifacher Ausfertigung beizufügen:

- Beschreibung und ggf. zeichnerische Darstellung der Einbausituation, in der das Bauprodukt bzw. die Bauart eingesetzt werden sollen. Bei größeren Bauvorhaben ist ein Lageplan hilfreich.
- Bezeichnung und Beschreibung des Bauprodukts bzw. der Bauart, ggf. unter Bezugnahme auf technische Regeln.
- Beschreibung der wesentlichen Abweichung des Bauproduktes bzw. der Bauart von den technischen Regeln, der abZ oder aBg.
- Benennung der bauaufsichtlichen Anforderungen, die das Bauprodukt bzw. die Bauart erfüllen müssen. Sofern baurechtlich genehmigte Abweichungen / Ausnahmen von den baurechtlichen Anforderungen vorliegen, sind diese anzugeben.

- Nachweise, die zur Erfüllung der Anforderungen geführt werden sollen. I.d.R. ist eine Gutachtliche Stellungnahme eines geeigneten Sachverständigen oder einer Prüfstelle erforderlich. Eine vorherige Abstimmung mit der Obersten Bauaufsicht ist empfehlenswert.
- Vorschlag zur Art des Übereinstimmungsnachweises der vorgesehenen Bauprodukte bzw. Bauarten.
- Konstruktionszeichnungen mit Darstellung des Bauproduktes oder der Bauart, soweit diese zur Beurteilung der Verwendbarkeit bzw. Anwendbarkeit erforderlich sind. Die Zusendung von Verkleinerungen von Zeichnungen ist nur sinnvoll, solange die Lesbarkeit gegeben ist. Alle Zeichnungen müssen einen eindeutigen Urhebervermerk (Stempelfeld) tragen.

Eine Prüfung, ob die im Verfahren beantragten Anforderungen auch ausreichen, erfolgt nicht. Die Verantwortung hierfür bleibt beim Antragsteller. Die Zustimmung im Einzelfall ersetzt auch nicht eine nach NBauO erforderliche Prüfung der Standsicherheitsnachweise. Im Zustimmungsverfahren kann allerdings eine Prüfung vorgeschrieben werden.

In der Regel wird bei Anträgen, die Standsicherheitsfragen betreffen, eine Stellungnahme der Unteren Bauaufsichtsbehörde oder ein Bericht des Prüfsachverständigen, der auf den Zusammenhang mit der übrigen Konstruktion eingeht, zur Verwendbarkeit des Bauproduktes oder zur Anwendbarkeit der Bauart erforderlich sein. Deshalb kann es sinnvoll sein, Standsicherheitsnachweise in einfacher Ausfertigung einzureichen. Bei umfangreicheren Berechnungen empfiehlt sich eine vorherige Rücksprache mit der Obersten Bauaufsicht.

3. Auf welcher Grundlage wird die Gebühr für die Erteilung des Zustimmungsbescheides festgelegt?

Für die erteilte Zustimmung im Einzelfall oder die vorhabenbezogene Bauartgenehmigung ist nach Baugebührenordnung eine Gebühr zwischen 325,- und 6450,- € zu entrichten. In dem genannten Gebührenrahmen sind Kosten für Auslagen durch erforderliche Gutachten und Stellungnahmen nicht enthalten.

4. An wen ist der Antrag zu richten?

Niedersächsisches Ministerium
für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
-Oberste Bauaufsichtsbehörde-
Archivstr. 2
30169 Hannover

Die Verantwortung für die Baumaßnahme insgesamt liegt nach § 52 NBauO bei der Bauherrin / dem Bauherrn. Für die Erbringung und Bereithaltung der Nachweise für die Verwendbarkeit von Bauprodukten bzw. Anwendbarkeit von Bauarten ist nach § 54 NBauO die Unternehmerin / der Unternehmer verantwortlich. Zustimmungsanträge für Bauprodukte nach § 20 werden i.d.R. vom Hersteller oder Verwender der Produkte gestellt. Für Anträge zu Bauarten nach § 16 a kommen alle am Bau Beteiligten in Frage. Um rechtzeitig mit der Herstellung des Produktes oder der Ausführung der Bauart beginnen zu können, empfiehlt es sich, die Bauherrin / den Bauherrn in das Verfahren einzubinden.

5. Wichtiger Hinweis!

Wir empfehlen, das Zustimmungsverfahren bereits frühzeitig einzuleiten, damit die erforderlichen Unterlagen rechtzeitig erstellt, vorgelegt und geprüft werden können. Notwendige Gutachten und die Bearbeitung durch die oberste Bauaufsichtsbehörde erfordern ggf. einen großen Zeitaufwand.